

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
179 · Ausgabe AG · Dezember 2018

SP

SPITÄLER: KEINE PRIVATISIERUNG!

Der Regierungsrat hat den Entwurf des Spitalgesetzes in die Vernehmlassung gegeben. Das Positive: Die Regierung stellt sich gegen eine Privatisierung der Spitäler. Aber: Der Regierungsrat soll neu die Kompetenz erhalten, bis zu 30 Prozent der Aktien zu verkaufen. Diese Kompetenzverschiebung vom Grossen Rat hin zur Exekutive lehnen wir dezidiert ab. Auch die geplante Auslagerung der Beteiligungen in eine strategische Holding beurteilt die SP kritisch. Es ist nicht sinnvoll, die strategische Spitalführung völlig von der Politik zu entkoppeln. Die politische Kontrolle ist auch im Interesse der Angestellten, die bereits jetzt unter dem Kostendruck leiden. Eine Privatisierung der Kantons-spitäler ist aber noch nicht vom Tisch. Die bürgerliche Mehrheit steht schon lange in den Startlöchern. Eine entsprechende Studie haben die Aargauische Industrie- und Handelskammer und der Gewerbeverband bereits veröffentlicht. Damit zeichnet sich bereits jetzt eine harte Privatisierungs-Debatte im Grossen Rat ab. Die Haltung der SP ist klar: Öffentliche Spitäler dürfen nicht profitorientiert sein, sie müssen einzig wirtschaftlich betrieben werden. Einen Ausverkauf der öffentlichen Spitäler, der zu einer Zweiklassen-Medizin führen würde, werden wir nicht zulassen.

Gabriela Suter von Aarau ist Präsidentin der SP Aargau und Grossrätin.

STÄNDERATSWAHLEN, WIR LEGEN LOS:

Triff den Wermuth!

Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat. Er kandidiert 2019 für den Ständerat.



Die vergangene Herbstsession des Nationalrats war einmal mehr beste Werbung für eine politische Wende. So haben FDP, SVP und Teile der CVP das CO₂-Gesetz so gut wie ausgehöhlt und damit die Bemühungen der Schweiz gegen den Klimawandel zur Farce gemacht. Nicht nur begibt sich damit die Schweiz auf das Niveau von Klimaleugnern wie Trump, vor allem aber riskiert diese Politik die Lebensgrundlagen kommander Generationen. Praktisch zeitgleich hat die gleiche Mehrheit den UNO-Pakt für Migration bachab geschickt. Ein Dokument, das nichts anderes vorgeschla-

gen hat, als dass sich die internationale Gemeinschaft der Ursachen unfreiwilliger Migration annimmt und Migrant*innen die grundlegenden Menschenrechte garantiert. Das kann und muss sich mit den Wahlen 2019 ändern.

Triff den Wermuth: Politik direkt mit den Menschen

Die Rechte mag die Millionen haben, wir haben die Menschen. Das ist das interne Motto des SP-Wahlkampfes 2019 und trifft den Nagel auf den Kopf. Unsere Chance können wir dann packen, wenn wir die Menschen direkt überzeugen. Genau das wollen wir für die Ständeratswahlen 2019 mit einer breit angelegten Vorkampagne erreichen. Die Idee ist simpel: SP-Mitglieder oder Interessierte laden Freund*innen, Arbeitskolleg*innen oder Nachbar*innen zu einem Austausch mit Cédric Wermuth im privaten Rahmen ein. Die Reihe läuft unter dem Titel «Triff den Wermuth».

Damit wollen wir den Menschen im Aargau auf ganz persönliche Art und Weise unsere Inhalte für eine soziale, ökologische und demokratische Politik nahe bringen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Anliegen direkt mit mir auszutauschen. Schaffen wir im ersten halben Jahr zwischen 50 und 100 private Treffen mit nur schon 10 bis 20 Freund*innen, dann erreichen wir 1000 Menschen im direkten Kontakt.

Interessiert? Am besten rufst du mich direkt an (079 783 83 29) oder schickst mir eine E-Mail (cedric.wermuth@parl.ch). Du findest übrigens alle laufenden Informationen auch auf meiner Website (www.cedricwermuth.ch), Facebook (www.facebook.com/cedricwermuth), Twitter (https://twitter.com/cedricwermuth) oder Instagram (http://www.instagram.com/cedricwermuth).

KOMMENTAR



Jugendliche Sorgen

Nicht Jugendarbeitslosigkeit, nicht Klimawandel, nicht die Flüchtlinge aus dem Süden, nicht die zahllosen Kriege und Gräueltaten rund um den Globus. Die Altersvorsorge steht im Sorgenbarometer 2018 bei den Jugendlichen an erster Stelle.

Lange Zeit galt: Wer Stimmen bei älteren Wählerinnen und Wählern holen will, präsentiere sich als Kämpfer für eine sichere AHV. Der SP-Bundesrat Hans Peter Tschudi war als «Vater der AHV» Ikone vieler Pensionierter. Im Wohnzimmer einer befreundeten Gewerkschafterin, die die Zeit ohne AHV noch erlebt hatte, hing sein Bild Seite an Seite mit demjenigen des Generals Guisan.

Was bewegt unsere Jugendlichen im Jahr 2018 dazu, sich bereits Jahrzehnte vor dem eigenen Ruhestand um die Sicherheit im Alter zu kümmern?

Die jugendliche Sorge Nr. 1 ist Ausdruck des Zweifels an der Verlässlichkeit des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserem Land. Unsere Jugend will Verlässlichkeit nicht aus Angst vor der Zukunft, nicht aus einer Vollkaskomentalität heraus, sondern weil sie um die Wichtigkeit langfristigen Denkens für ein selbstbestimmtes Leben weiss. Und sie weiss auch: Es ist ein fataler Irrtum zu meinen, faire und stabile Sozialversicherungen lähmen die Innovationskraft und Risikobereitschaft einer Gesellschaft. Das Gegenteil ist der Fall: Soziale Sicherheit schafft Freiheit. Und um diese Freiheit in ihrem Leben sorgt sich die Jugend. Wir haben es in der Hand, auf diese Sorge eine klare Antwort zu geben und Vertrauen zu schaffen.

Urs Hofmann von Aarau ist Aargauer SP-Regierungsrat.

VERNEHMLASSUNG ZUM NEUEN SPITALGESETZ

Ein griffiges Spitalgesetz: nötiger denn je!

DER REGIERUNGSRAT HAT EIN TOTALREVIDIERTES SPITALGESETZ IN DIE VERNEHMLASSUNG GEBEN.



Jürg Knuchel von Aarau ist SP-Grossrat. Er ist Leitender Arzt am Kantonsspital Aarau.

Die Sicherstellung einer qualitativ hochstehenden Gesundheitsversorgung ist eine der Kernaufgaben unseres Kantons und fusst auf Paragraph 41 unserer Kantonsverfassung. Gemäss diesem ist der Kanton verpflichtet, ein entsprechendes Spitalgesetz zu erlassen, das den sich stetig wandelnden medizinischen Möglichkeiten, der Altersstruktur unserer Bevölkerung und der Leistungsfinanzierung angemessen Rechnung trägt. Er ist ausdrücklich angehalten zu beaufsichtigen, zu überwachen und zu koordinieren.

Diese Koordinations- und Kontrollfunktion ist von zunehmender Bedeutung, um den sich rasant ausdehnenden, gefrässigen Gesundheitsmarkt zu bändigen und in einem sozial finanzierten System zu seiner Kernaufgabe zurückzuführen, nämlich zur Sicherstellung einer optimalen, medizinischen Versorgung zu einem vernünftigen Preis für alle! Daran muss unser Spitalgesetz (SpiG) sich messen lassen.

Die allgemeine Marschrichtung des vorliegenden SpiG-Entwurfs mit einer verstärkten Regulierung des freien Marktes und einer realistischen Spitalplanung, die sich an einer verbindlichen Aufgabenverteilung zwischen Zentrums- und Regionalspitalern orientiert, ist zu begrüssen. Es ist auch zu begrüssen, dass die von bürgerlicher Seite immer wieder aufgebraachte Privatisierung der kantonseigenen Spitäler verhindert werden soll, indem der maximal veräusserbare Anteil unverändert bei 30 Prozent belassen wird, also weiterhin mindestens 70 Prozent im Besitz der öffentlichen Hand verbleiben müssen. Unverständlich und inakzeptabel hingegen ist die Absicht, die Veräusserungskompetenz vom Grossen Rat neu zum Regierungsrat zu verschieben und damit dem direkten Volkswillen zu entziehen. Dagegen werden wir entschieden antreten müssen.

Die vorgesehenen Massnahmen zur Kostendämpfung, insbesondere der Grundsatz «ambulant vor stationär» und die Überprüfung der Indikationenqualität sind gute Beispiele für eine sinnvolle und notwendige Regulierung des Gesundheitsmarktes, der ohne Regulierung zu einer ungebremsten Mengenausweitung mit entsprechendem Kostenwachstum führt. Dabei geht es darum, teure Spitalbehandlungen bei kleinen und problemlos ambulant durchführbaren Eingriffen wie einer Gelenksspiegelung oder einer Krampfaderoperation durch verbindliche Vorgaben zu verhindern, was die Kosten bei gleicher Leistung ganz erheblich senkt. Andererseits soll bei bestimmten Wahleingriffen wie einer Bandscheibenoperation oder einem Gelenkersatz die Notwendigkeit einer Operation überprüft werden können, so durch das obligatorische Einholen einer Zweitmeinung oder durch eine zwingend vorgeschriebene interdisziplinäre Besprechung. Dadurch können überflüssige Operationen verhindert und die entsprechenden Kosten eingespart werden. Beide Massnahmen dienen gleichzeitig dem Wohl und dem Schutz der Patient_innen, indem überflüssige Spitalaufenthalte und unnötige Eingriffe und die damit verbundenen Risiken vermieden werden.

Weitere Neuerungen wie die Verbesserung in der ambulanten Psychiatriefinanzierung, die gesetzliche Verankerung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und die Einführung einer innovativen Pilotnorm sind ebenfalls zu begrüssen.

Insgesamt liegt ein brauchbarer Gesetzesentwurf vor, welcher bei den Eigentümerfragen und bei der verbindlichen Zusammenarbeit der beiden Kantonsspitäler noch geschärft werden muss.

Es ist zu begrüssen, dass die Privatisierung der kantonseigenen Spitäler verhindert werden soll.

LÖHNE

Wertschätzung allein genügt nicht

Marco Hardmeier von Aarau ist SP-Grossrat und Präsident der Geschäftsprüfungskommission GPK. Von 2004 bis 2014 präsidierte er die SP Kanton Aargau. Seit Mitte 2018 ist er Präsident der Konferenz der Aargauischen Staatspersonalverbände KASPV.



Die Konferenz der Aargauischen Staatspersonalverbände KASPV setzt sich als Sozialpartnerin des Regierungsrats für die Interessen aller Staatsangestellten ein. Die Mitgliedsverbände der KASPV repräsentieren rund 10 000 derjenigen Mitarbeitenden, die sich tagtäglich mit hohem Engagement für das Gemeinwesen und die Mitmenschen einsetzen, sei es im Bildungs- oder Gesundheitswesen, in der Sicherheit oder der zentralen Staatsverwaltung. Nach der ersten Präsidentin, Katharina Kerr, leitete von 2010 bis Mitte 2018 Manfred Dubach die KASPV.

Ein zentrales, jährlich wiederkehrendes Geschäft der KASPV ist die Lohnverhandlung. Dieses Jahr lief es zwar besser als andere Jahre, aber gut ist das noch nicht. Die Regierung beantragte dem Grossen Rat für 2019 wie im Vorjahr eine – genau gleiche und genau gleich ungenügende – Erhöhung der Lohnsumme um 1 Prozent. Fürs 2018 resultierte am Ende der Debatte dann ernüchternderweise noch eine Halbierung auf 0,5 Prozent, zumindest jedoch konnte der Mutationseffekt* endlich verwendet werden. Für 2019 lief es ein bisschen besser.

Die lohnmassigen Nullrunden und die Sparrunden der letzten Jahre haben an vielen Orten zu spürbaren und schmerzhaften Einschnitten geführt. Der Kanton Aargau, einer der Kantone mit den geringsten Personalausgaben, «gönnte» seinen Mitarbeitenden durch die Lohnrunden statt Wertschätzung faktisch Lohnkürzungen, dies auch im Vergleich mit umliegenden und vergleichbaren Kantonen wie auch mit Angestellten in der Privatwirtschaft. Und dies bei zunehmenden Lebenshaltungskosten – so schmerzen finanziell beispielsweise die steigenden Krankenkassenprämien und die Beiträge an die Altersvorsorge auch bei den Staatsangestellten. Kurzum: Der Kanton Aargau, in dieser Frage vertreten durch den Grossen Rat, zeigte sich bislang ziemlich kleinlich und missgünstig.

Die Forderung der KASPV für das Budget 2019 folgte einer einfachen, transparenten

und nachvollziehbar begründbaren Logik: 1 Prozent + Teuerung. Ein Prozent, um den zwischenzeitlich hohen Rückstand durch die vorangegangenen Nullrunden zumindest zu einem kleinen Teil abzufedern. Plus die aufgelaufene Teuerung, welche vermutlich bei 0,8 Prozent zu liegen kommen wird. In der Budgetdebatte lagen schlussendlich ein Antrag auf eine weitere Nullrunde seitens der Rechten vor – was faktisch einer weiteren Lohnkürzung gleichgekommen wäre. Beantragt war eine «Erhöhung um 0 Prozent». Niemand konnte oder wollte jedoch erklären, was bei null Prozent genau die Erhöhung sein soll. Dieser Antrag war jedoch zum Glück chancenlos. Leider auch chancenlos war das dringend notwendige Zeichen seitens des Arbeitsgebers, die ebenfalls beantragten 1,8 Prozent gutzuheissen. Es obsiegte der Silberstreifen, die 1 Prozent-Lösung. Dies ist nach wie vor ungenügend und kein Zeichen von grosser Wertschätzung. Jedoch immerhin ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Wir bleiben dran, nicht bloss bei der Lohndebatte, sondern insgesamt bei den Arbeitsbedingungen der Staatsangestellten. Weil sie tagtäglich einen wichtigen und wertvollen Job machen, zugunsten aller Menschen im Kanton Aargau.

* Mutationseffekt: Wenn ältere Angestellte mit höherem Lohn durch jüngere Angestellte mit tieferem Lohn ersetzt werden oder wenn Stellen zwischen Personalwechseln für eine gewisse Zeit unbesetzt bleiben, entstehen tiefere Kosten als budgetiert. Dieser «Gewinn» wurde bis 2017 als relativ sonderbare Praxis des Aargauer Grossen Rates jeweils automatisch wieder von der zur Verfügung stehenden Lohnsumme abgezogen. Seit dem Budget 2018 passiert dies nun nicht mehr, und es können strukturelle Korrekturen durchgeführt werden. Für 2019 wird dieser Mutationseffekt oder -gewinn auf im Schnitt etwas über 0,5 Prozent der Lohnsumme geschätzt.

Finanzdirektor Markus Dieth meinte, dass für die Mitarbeitenden die Wertschätzung sehr wichtig sei. Das stimmt. Aber davon kann sich niemand etwas kaufen.

KOMMENTAR



BUDGET 2019

Treten an Ort

Um es vorwegzunehmen: Das Budget, das der Grosse Rat für das Jahr 2019 verabschiedet hat, ist einmal mehr nicht unseres.

Ein Lichtblick ist zwar, dass der Rat nicht mehr jede Abbau-Idee mitmacht. So geschehen unter anderem bei der Standortförderung und vor allem bei der Kultur. Denn nur zu gern hätten die Populisten im Rat dem Kuratorium ausgerechnet in seinem 50. Jahr einen empfindlichen Schlag versetzt.

Wie sich aber die Politik gegenüber dem Personal verhält, ist wie gewohnt beschämend. Es scheint, als hätte die bürgerliche Mehrheit nichts mitbekommen von der Personalumfrage im Frühling, bei der die Angestellten dem Kanton als Arbeitgeber ein miserables Zeugnis ausstellten. Und als gäbe es keine Konkurrenz in Form von besseren Löhnen in umliegenden Kantonen. 1 Prozent mehr Lohn, das auch in den kantonalen Monopol-Medien als grosszügig und angemessen gefeiert wurde, bedeutet konkret: Stillstand. Denn diese Lohn-erhöhung reicht gerade einmal, um die erwartete Teuerung im nächsten Jahr zu decken. Dass dabei die wiederum steigenden Krankenkassenprämien nicht einmal berücksichtigt sind, interessierte den Rat nicht wirklich. Stattdessen fühlte man sich ach so grossherzig, weil man den – mittlerweile schon gewohnten – Antrag auf eine Nullrunde von der grössten Partei ablehnte.

Also alles wie gehabt: Die finanziellen Aussichten bleiben zwar schlecht. Der Kanton schaut aber nicht in die Zukunft. In sie investieren will er schon gar nicht. Die nächste Personalumfrage kommt bestimmt. Wenn es dann noch Personal gibt ...

Dieter Egli von Windisch ist SP-Grossrat, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion, Vizepräsident der SP Aargau und Präsident des Verbands Kantonspolizei Aargau.

KOMMENTAR



Die SP Migrant*innen engagieren sich

Am 7. Dezember 2017 wurden die SP Migrant*innen in Aarau von 34 Mitgliedern gegründet. Funda Yilmaz hielt eine inspirierende Gründungsansprache über Fairness und Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten.

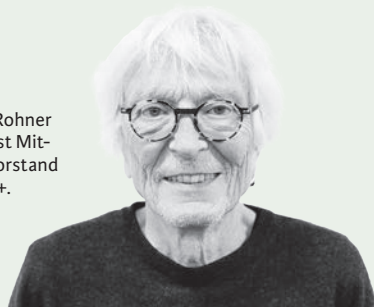
Gleich am nächsten Tag verkündeten die SP Migrant*innen Aargau in einem Zeitungsartikel der Aargauer Zeitung, dass sie für die politische Partizipation der Migrant*innen eintreten werden und diese gleichzeitig dazu motivieren, sich in der Politik zu engagieren. Vier Arbeitsgruppen wurden eingerichtet, die sich mit den verschiedenen Themen zu Migration beschäftigen, wie das migrationspolitische Papier der SP, oder das Integrationsprogramm des Kantons Aargau. Gleich Anfang des Jahres haben die SP Migrant*innen in ihrer ersten politischen Positionierung heftig die Entscheidung des Grossen Rates kritisiert, das Verpflegungsgeld für Asylbewerber zu kürzen. Mit der Auffassung, dass die No-Billag Initiative ein Angriff auf den unabhängigen Journalismus ist, haben die SP Migrant*innen eine erfolgreiche Abstimmungskampagne gegen die No-Billag-Initiative lanciert und zur Ablehnung der Initiative im Aargau beigetragen. Ab Mitte Februar dieses Jahres haben die SP Migrant*innen für die erleichterte Einbürgerung der 3. Generation bei den Migrant*innen der 3. Generation geworben und über die Vorteile des neuen Einbürgerungsverfahrens informiert. Die wichtigste Schlacht im 2018 für die SP Migrant*innen war die Diskussion um das Wahl- und Stimmrecht für die Migrant*innen, die ihren Höhepunkt bei einer Demonstration der SP Migrant*innen vor dem Grossratsgebäude in Aarau erreichte. Das wichtigste Ziel der SP Migrant*innen ist und bleibt die Partizipation der Migrant*innen in den politischen Prozessen. Ein Viertel der Aargauer Bevölkerung darf nicht abstimmen und wählen. Das ist ein Defizit für unsere Demokratie.

Florim Kadriu von Baden ist Co-Präsident der SP Migrant*innen.

Endlich gegründet: Die Untergruppe SP 60+ Aargau

AM 17. OKTOBER 2018 WURDE MIT VIEL FREUDE UND MIT UNTERSTÜTZUNG VON MARIANNE DE MESTRAL (CO-PRÄSIDENTIN VON SP 60+ CH), ELISABETH BURGNER, GABRIELA SUTER UND URS HOFMANN DIE UNTERGRUPPE 60+ DER SP AARGAU GEGRÜNDET.

Hansjürg Rohner von Suhr ist Mitglied im Vorstand von SP 60+.



Gut 50 der bis anhin 170 angemeldeten Mitglieder fanden den Weg ins Bullingerhaus, um die Zeremonie zu feiern. Verabschiedet wurde dabei das «unvermeidliche» Reglement der SP 60+ AG, das am ordentlichen Parteitag 2020 in überarbeiteter Form hoffentlich endgültig in Kraft treten wird. Die SP 60+ AG soll dann offiziell als Organ in die Statuten der SP AG aufgenommen sein.

Gewählt wurde auch der Vorstand dieser Untergruppe. Es sind dies Sigrid Bürgi, Marcel Huggenberger, Marie-Louise Nussbaumer, Hansjürg Rohner, Ruth Schmid und Charly Suter. Als Kontaktpersonen für Fragen zur Mitarbeit bei SP 60+ AG stehen Charly Suter und Hansjürg Rohner zur Verfügung.

Bereits am 23. Oktober fanden sich die Vorstandsmitglieder zu einer ersten Sitzung zusammen. An dieser Sitzung haben wir das erste Treffen mit der Geschäftsleitung der SP Aargau vorbereitet wie auch die Vertretung im schweizerischen Vorstand der SP 60+ geregelt. Ruth Schmid wird neben Hansjürg Rohner diese Vertretung wahrnehmen.

Und wir haben uns über die weitere Arbeit unterhalten: Die sehr grundsätzlichen Zielsetzungen wie Förderung gesellschaftlicher Teilhabe im Alter, gezielte Förderung generationenübergreifender Projekte und Sicherstellung, Thematisierung und Einbringung politischer Anliegen der älteren Bevölkerung müssen zukünftig mit Inhalten gefüllt werden. Die Formulierung von konkreten Zielsetzungen zur Arbeit der Untergruppe 60+ wird die Arbeit des Vorstands in den nächsten Sitzungen bestimmen. Wir werden kontinuierlich darüber berichten.

Festgelegt haben die Vorstandsmitglieder die Versammlungstermine für die SP 60+ im Jahr 2019. Die Frühjahrsversammlung (Mitgliederversammlung) wird am 30. März 2019 im Bullingerhaus in Aarau stattfinden. Noch offen ist, ob die thematisch orientierte Herbstversammlung zusammen mit der schweizerischen SP 60+ am 2. November oder eigenständig am 12. November durchgeführt wird.

Im Gespräch mit der Geschäftsleitung der SP Aargau wurde auch über die Möglichkeit einer Unterliste der SP 60+ Aargau für die Nationalratswahlen gesprochen. Der Vorstand SP 60+ AG hat sich nun an seiner Sitzung vom 4. Dezember für eine solche Unterliste entschieden.

In der jüngsten Untergruppe der SP Aargau arbeiten die ältesten Genoss*innen zusammen. Wir werden sehen, wie sich diese Durchmischung auf die politische Alltagsarbeit auswirken wird – wir werden uns aber dafür einsetzen, dass diese zu einer Bereicherung beiträgt.



Der Gründungsvorstand von SP 60+ wurde an der Gründungsversammlung vom 17. Oktober 2018 einstimmig gewählt. v.l.n.r. Marcel Huggenberger, Charly Suter, Sigrid Bürgi, Ruth Schmid, Hansjürg Rohner, Marie-Louise Nussbaumer.

MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGE AUF DER BALKANROUTE

In der Sackgasse

ALS PROJEKT HELP NOW UNTER DEM DACH DES NETZWERKS ASYL AARGAU ERFOLGTE IM SOMMER 2018 EIN WEITERER HILFSEINSATZ ENTLANG DER BALKANROUTE. NUN SOLL ES EINE DRINGEND NOTWENDIGE AKTION AN WEIHNACHTEN 2018 GEBEN.



Stefan Dietrich von Bremgarten ist Bezirkspräsident der SP Bremgarten.

Seit Frühling 2018 treffen täglich Flüchtlinge und Migranten in Bihać und in den benachbarten Grenzortschaften im Nordwesten Bosnien-Herzegowinas ein. Sie kommen mehrheitlich über Mazedonien und Serbien nach Bosnien-Herzegowina und versuchen im Nordwesten des Landes, in die Europäische Union, nach Kroatien, weiter über Slowenien nach Italien zu gelangen.

Zum Zeitpunkt unserer Hilfsaktion im Sommer sollen sich etwa 3000 Personen in Bihać und etwa 800 Personen in Velika Kladuša befunden haben. 5000 Personen sollen sich im Una-Sana-Kanton und in der Region Krajina befinden. Das Rote Kreuz

Bihać gibt zu Zeit täglich dreimal je 1000 Mahlzeiten aus. Der Europarat ging von 9000 bis 10000 Personen aus, die sich seit Jahresbeginn im Land befanden. Täglich treffen auch heute Flüchtlinge und Migranten aus verschiedensten Staaten, von Afghanistan, Pakistan, Irak, Iran, Syrien bis Marokko ein.

Das Gros der Menschen ist relativ jung und stammt aus Pakistan. Es sind wieder vermehrt auch Familien mit kleinen Kindern (oft aus Syrien, Irak, Iran) darunter. Überall in der Stadt kann man junge Migranten und Flüchtlinge antreffen. Der Sommer war sehr heiss. Die alten Bäume im Stadtkern und der nahe Fluss spendeten Schatten. Viele zelten im Park, andere hatten ihren Schlafplatz in der Ruine aufgeschlagen. Nachts und am Morgen war es im August schon recht kühl. Wer konnte, wärmte sich an einem Feuer.

An der mit Fahrzeugen erreichbaren Seite des Gebäudes haben sich Hilfsorganisationen eingerichtet und geben Kleidung und andere Hilfsgüter aus, freiwillige Ärzte versorgten Erwachsene und Kinder. Die Stadt Bihać und ihre Bürger bemühen sich seit Monaten vergeblich, die Situation zu bewältigen. Es fehlt an materieller, logistischer und vor allem politischer Unterstützung. Das UNHCR, IOM und andere internationale Organisationen sind aktiver geworden.

Der Winter steht vor der Tür, und es ist unerlässlich, eine institutionalisierte Form der Registrierung, Versorgung und Unterbringung zu organisieren. Insbesondere, wenn man weitere Tote an der Grenze und die Zunahmen von Spannungen in der Lokalbevölkerung vermeiden möchte. Möglicherweise wird geradezu dies zynischer Weise in Kauf genommen. Die Spannungen an der Grenze haben massiv zugenommen. Migranten und Flüchtlinge setzten sich in Gruppen Richtung Grenzübergängen in Bewegung. Es kam zu gewaltsamen Zusammenstößen mit den Grenzbeamten, aber auch mit der Lokalbevölkerung.

Zahlreichen Migranten fehlen oft auch Informationen über Asyl, Einwanderung und Bleiberecht. Sie kön-



nen Chancen, in Europa zu bleiben, nicht einschätzen. Sie sind mehrheitlich sehr jung und haben bereits sehr viel mitgemacht. Sie sehen sich kurz vor dem Ziel, dem «gelobten Land». In der Regel wollen fast alle nach Deutschland, Frankreich oder Italien. Viele sind frustriert, sehen keine Perspektive mehr, und oft werden sie aggressiv. Andere wiederum haben es bereits 17 Mal versucht, nach Kroatien zu gelangen, wurden dort von der Polizei erwischt und nach Bosnien-Herzegowina zurückgeschafft. Dabei werden Migranten geschlagen, ihre Handys und ihr Bargeld abgenommen.

Aus humanitären, aber auch aus sicherheits- und gesundheitspolitischen Gründen besteht dringender Handlungsbedarf. Die Vorbereitungszeit für die letzte Hilfsaktion war kurz, aber sie war erfolgreich. Alle im Aargau gespendeten Schlafsäcke konnten in Bihać direkt an bedürftige Menschen übergeben werden. Die Mehrzahl schlief in Zelten, sehr viele aber auch auf dem Boden oder auf Plastikplanen, alten Matratzen oder auf alten Kleidern. In Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz wurden die gesammelten Spendengelder für Unterwäsche für Kinder, Frauen und Männer, T-Shirts, Hygieneartikel, Lebensmittel, Plastikbesteck und -geschirr für die Essensausgabe in Bihać, Insulin, Kekse für Kinder, ... verwendet. Dennoch fehlt es weiterhin an vielem. Insbesondere fehlt es an Nahrungsmitteln, aber auch an Sanitäreinrichtungen. Auch das Rote Kreuz ist nach wie vor notdürftig ausgestattet. Die nächste Hilfsaktion ist für Weihnachten 2018 in Bihać geplant. Jede Unterstützung ist willkommen und kommt den Betroffenen direkt zugute.

**Spendensammlung
Aktion «Weihnachten auf der Balkanroute»**

Dank Ihnen können wir über Weihnachten (23.12. - 31.12.2018) den geflüchteten Menschen auf der Balkanroute helfen. Mit den Spendengeldern wird vor Ort das Nötigste (Kleidung, Lebensmittel, Hygieneartikel, Medikamente, u.v.m.) eingekauft.

Verein Netzwerk Asyl Aargau
Help now
5408 Ennetbaden

IBAN: CH79 0900 0000 6120 9530 2
PC Konto: 61-209530-2

Infos unter:
www.helpnowswitzerland.ch
Facebook: Help Now

Freiwillig flieht niemand! verein netzwerk asyl aargau

NEU IM GROSSEN RAT



Regula Dell'Anno-Doppler

links.ag: Du wurdest, nachdem Anna Andermatt aus dem Kantonsparlament zurückgetreten ist, am 11. Dezember 2018 als Grossrätin vereidigt. Woher kommst Du beruflich und politisch?

Regula Dell'Anno-Doppler: Vor vielen Jahren schloss ich die Dolmetscherschule ab und trat eine erste Stelle an. Seit der Geburt meiner Töchter anfangs der 1990er-Jahre arbeite ich in einem aktuell kleinen Pensum als selbstständige Übersetzerin. 1998 wurde ich in den Badener Einwohnerrat gewählt, wo ich mich 13 Jahre lang engagierte und auch das Präsidium innehaben durfte. Auch wenn ich in einer Badener CVP-Familie gross wurde, war die SP seit Beginn meines politischen Lebens immer meine Heimat.

Welche politischen Themen sind Dir ein Anliegen? Wofür möchtest Du Dich im Grossen Rat konkret einsetzen?

Als Stadträtin und Ressortvorsteherin für Gesundheit und Soziales werde ich meine Erfahrungen in diesen Bereichen einbringen. Hier werden wir in Zukunft ganz besonders gefordert sein – nicht zuletzt aufgrund der Industrialisierung 4.0, die die Arbeitswelt und damit die gesellschaftlichen Strukturen und Systeme grundlegend verändern wird. In Aarau möchte ich auch die Anliegen der Zentrumsgemeinden vertreten.

Wo findest Du Erholung?

Bei einem gemütlichen Essen mit der Familie oder Freunden, bei guter Lektüre, auf Spaziergängen und Wanderungen.

Regula Dell'Anno-Doppler von Baden ist SP-Stadträtin und SP-Grossrätin. Die Fragen stellte Katharina Kerr.

Basiskampagne 2019

DIE BASISKAMPAGNE WIRD IN DEN NATIONAL- UND STÄNDERATSWAHLEN 2019 DAS WICHTIGSTE WAHLKAMPFINSTRUMENT SEIN. IM KANTON AARGAU KONNTEN WIR BEI DEN LETZTEN WAHLEN AUF NATIONALER, KANTONALER UND KOMMUNALER EBENE ERFAHRUNG MIT DIESER KAMPAGNE SAMMELN.

Claudio Bernet von Bern ist politischer Sekretär der SP Aargau. Er ist über claudio.bernet@sp-aargau.ch oder telefonisch unter 062 834 94 74 erreichbar.



Während die Resultate bei den Wahlen 2015 mit dem verlorenen dritten Sitz im Nationalrat nicht den Erwartungen entsprachen, konnten wir bei den kantonalen (plus 6 Sitze) und kommunalen (plus 13 Sitze) Wahlen dank der Basiskampagne grosse Sitzgewinne feiern. Die SP Aargau ist also Basiskampagnen erprobt. Es war für uns deshalb von Anfang an klar, dass wir im kommenden Wahljahr wieder voll auf die Basiskampagne setzen werden.

Wie gewohnt gibt es auch für diese Kampagne einige Anpassungen im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren. Eines bleibt aber gleich: Wir sprechen mit den Menschen und nicht über sie! Ab dem 1. Mai 2019 werden im Kanton Aargau drei Campaigner*innen zusammen mit dem Ständeratskandidaten und den sechzehn Nationalratskandidierenden, den Mandatär*innen und der Basis dafür kämpfen, dass die Wahlen 2019 ein voller Erfolg werden.

Unser Ziel ist, dass wir mit möglichst vielen Menschen sprechen, sei es am Telefon,

auf der Strasse oder an der Haustüre. Damit wir das schaffen, sind wir darauf angewiesen, dass sich möglichst viele Freiwillige an der Kampagne beteiligen. Wir schaffen das mit Menschen statt Millionen.

Mit dem Arbeitsbeginn der Campaigner*innen beginnt auch die Mobilisierung der Mitglieder. Wir möchten mit allen Mitgliedern per Telefon sprechen und sie dazu auffordern, sich aktiv an der Kampagne zu beteiligen. Damit wir erfolgreich in die Kampagne starten können, sind wir auf deine Unterstützung angewiesen. Möchtest du mit anderen Mitgliedern sprechen? Über www.sp-aargau.ch/mitmachen kannst du dich anmelden.

Neu sprechen wir mit den Menschen auch an der Haustüre und möchten von ihnen wissen, was sie bewegt. Die Erfahrungen bei den städtischen Wahlen in Zürich mit dieser neuen Form von Wahlkampf waren durchwegs positiv. Gut 80 Prozent der Menschen waren offen für ein Gespräch. So können wir die Werte der SP direkt den Menschen vermitteln und neue Sympthisant*innen und Mitglieder gewinnen.

Wir sind auf die Wahlen gut vorbereitet und voll motiviert. Damit die Basiskampagne aber ein Erfolg wird, sind wir aber auf deine Mithilfe angewiesen. Nur gemeinsam können wir den dritten Nationalratsstz zurückholen und den Ständeratssitz verteidigen. Du willst dich engagieren oder hast sonst ein Anliegen? Zögere nicht, dich bei mir zu melden.





WAHLKAMPFTHEMEN 2019

Gemeinsam gegen die Macht des Stärkeren!

DIE RECHTSBÜRGERLICHE MEHRHEIT IN BERN ZEIGT IHR HÄSSLICHES GESICHT: SIE WILL KRIEGSMATERIAL IN KONFLIKTGEBIETE EXPORTIEREN UND GLEICHZEITIG BEI DEN SCHWÄCHSTEN SPAREN. SIE STELLT DEN LOHNSCHUTZ ZUR DISPOSITION UND BAUT BEIM SOZIALSTAAT UND BEI DER ENTWICKLUNGSHILFE AB. FDP UND SVP SABOTIEREN DIE ENERGIEWENDE UND WIDERSETZEN SICH DER GLEICHSTELLUNG VON MANN UND FRAU. BEI DEN WAHLEN 2019 MÜSSEN WIR DESHALB DRINGEND FÜR ANDERE MEHRHEITEN SORGEN! DIE SP SCHWEIZ HAT DAZU VIER SCHWERPUNKTTHEMEN DEFINIERT:



Gabriela Suter von Aarau ist Präsidentin der SP Aargau und Grossrätin.

Wirtschaft für alle: Ausbildung und Zugang zum Arbeitsmarkt

Zwar sind die Arbeitslosenzahlen tief, aber das täuscht. Wenn man die Sozialhilfebeziehenden und Ausgesteuerten dazuzählt, suchen eine Viertelmillion Menschen in der Schweiz eine Arbeit. Wir hören empörende Geschichten von Menschen über 50, die ihre Arbeit verlieren. Wir sehen die Schwierigkeiten der «Generation Praktikum», die manchmal trotz guter Ausbildung keinen Zugang zum Arbeitsmarkt findet.

Die SP verlangt, dass alle Menschen in der Schweiz das Recht auf eine aktuelle Berufsausbildung haben. Falls nötig, müssen die Auszubildenden mit Stipendien unterstützt werden. Diese sollen über einen Aus- und Weiterbildungsfonds des Bundes finanziert werden: Unternehmen, die nicht oder zu wenig ausbilden, zahlen einen Betrag in einen solchen Fonds ein.

Gesundheit für alle: Bezahlbares Gesundheitswesen

Für viele Haushalte sind die Krankenkassenprämien zu einer unerträglichen Last geworden. Die SP will die Prämienlast auf maximal 10 Prozent des verfügbaren Einkommens senken. Am Parteitag in Brugg hat die SP Schweiz deshalb eine Volksinitiative zur Reduktion der Prämienlast lanciert: Wenn die Krankenkassenprämien eines Haushalts die

10 Prozent-Grenze überschreiten, sind Bund und Kantone in der Pflicht, die Differenz zu übernehmen. Das ist auch sozialer: Denn diese Kostendeckung geschieht mit Steuergeldern und nicht mit unsozialen Kopfprämien.

Gerechtigkeit für alle: Gleichstellung jetzt!

Die SP hat im Juni das Jahr der Frau ausgerufen. Gleichstellungsthemen und -forderungen bilden deshalb einen weiteren Schwerpunkt im Wahljahr. Die SP fordert, dass Lohngleichheit gesetzlich durchgesetzt und bei Missachtung sanktioniert werden muss. Verschwindet die Lohnungleichheit, steigen auch die Altersrenten der Frauen. Für Frauen und Männer müssen Familie und Beruf vereinbar sein. Dazu braucht es mehr Teilzeittellen, mehr Kinderbetreuung und einen Elternurlaub.

Eine Welt für alle: Ökologischer Umbau

Der Klimawandel ist nicht nur Tatsache, sondern die grösste Bedrohung für die Menschheit – sowohl aus ökologischer und ökonomischer, als auch aus sozialer Sicht. Die rechtsbürgerliche Mehrheit im Parlament verhindert Massnahmen, die zu einer Bekämpfung des Klimawandels beitragen und damit der Schweiz helfen würden, das Pariser Klimaziel zu erreichen. So hat sie etwa das Inlandziel aus dem CO₂-Gesetz gekippt. Hier braucht es dringend Gegensteuer!

Nur mit einer starken SP können wir in diesen wichtigen Bereichen Veränderungen zu Gunsten von allen umsetzen.

An der Präsidienkonferenz vom 13. November haben wir überlegt, wie wir diese vier nationalen Themen auch auf der kantonalen Ebene umsetzen können. Wir freuen uns darauf, diese Themen gemeinsam mit euch engagiert in der Bevölkerung zu vertreten!

RÜCKTRITT KATHRIN SCHOLL



Liebe Kathrin

Angekündigt hast du es schon vor einiger Zeit. Dennoch ist es jetzt, wo der Moment deines Rücktritts da ist, irgendwie nicht vorstellbar, dich ab nächstem Jahr nicht mehr in der Fraktion zu haben.

Du hast in den letzten vier Jahren die Fraktion als Co-Präsidentin mit viel Herzblut und grossem Engagement geleitet. Fraktionsintern warst du nahe bei uns Grossrätinnen und Grossräten und offen für alle Anliegen und Fragen. Im Parlament dann hast du mit deiner Präsenz und deinen Voten unserer Politik zusätzlich Gewicht verliehen, bei mancher Rede von Dir wurde es still auf der bürgerlichen Seite.

Du hast unsere Fraktion auch im Parlamentsbüro vertreten, und das mit grossem taktischen Geschick. Es kam nicht selten vor, dass man bürgerliche «Päckli» zu schnüren versuchte, so bei Richter-, Kuratoriums- oder Erziehungsratswahlen. Durch deine parteiexterne grosse Vernetzung und dein strategisches Denken konntest Du aber immer wieder Wahlen zu unseren Gunsten vorbereiten.

Dass Du auch nicht alles so bierernst genommen hast, lockerte den grauen, aargauischen Politalltag immer wieder auf. Wir werden dein fröhliches und ausgelassenes Lachen sehr vermissen.

Wir sind dir zu grossem Dank verpflichtet. Als Fraktions- und Parteipräsidium haben wir in den letzten Jahren eng zusammen gearbeitet und Partei- und Parlamentsarbeit koordinieren können, sodass wir gegenseitig voneinander profitieren. Liebe Kathrin, wir haben sehr gerne mit dir zusammen gewirkt. Danke für alles!

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin. Sie war von Sommer 2014 bis Sommer 2018 Co-Präsidentin der SP Aargau. Dieter Egli von Windisch ist SP-Grossrat, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Vizepräsident der SP Aargau.

Ohne euch geht nichts!

AM 26. JANUAR 2019 FINDET DIE ZWEITE TAGUNG DER FACHAUSSCHÜSSE UND UNTERGRUPPEN IM BULLINGERHAUS IN AARAU STATT.

Im letzten Jahr folgte der Aufruf zur Wiederbelebung der Fachausschüsse. Zahlreiche Anmeldungen gingen bei uns ein, und wir starteten in das erste Fachausschussjahr. Unsere acht Fachausschüsse (Asyl und Migration, Bildung, Energie, Gesundheit und Soziales, Justiz und Sicherheit, Kultur und Sport, Siedlungsentwicklung, Verkehr, Natur und Landschaft und Wirtschaft und Finanzen) kommen seitdem regelmässig zusammen und bringen sich auf verschiedenste Art und Weise in den politischen Parteiltag ein.

Die Lancierung der Gegensteuer-Initiative im Frühling ist auf dieses erfolgreiche Engagement zurückzuführen. Der Fachausschuss Wirtschaft und Finanzen unter Leitung von Cédric Wermuth und Dieter Egli erarbeitete eine Initiative, für die zahlreiche Mitglieder auf die Strasse gingen und Unterschriften sammelten. Auch bei der Ausarbeitung der Vernehmlassung zum Energiegesetz hat der Fachausschuss Energie die Fraktion tatkräftig unterstützt. Yvonne Feri organisierte gemeinsam mit dem Fachausschuss Gesundheit und Soziales die letzte Kommunalpolitische Tagung mit dem Titel «Wettlauf nach unten?!» für unsere Legislativ- und Exekutivpolitiker*innen. Des Weiteren gaben sie gezielt Denkanstösse und Entwürfe im Bereich Sozialhilfe an die Fraktion weiter, die diese in den Grossen Rat einbringen wird. Dies sind nur drei Beispiele, wie sich die Fachausschussarbeit gestalten kann.



Julia Hoppe von Herznach ist Politische Sekretärin der SP Aargau.

Im Fokus der kommenden Tagung stehen die Wahlen 2019 und wie sich die Arbeit der Fachausschüsse dazu gestalten könnte. Aber auch der Austausch mit anderen Fachausschüssen und Untergruppen wird wieder ein zentraler Bestandteil des Programms sein.

Mit der Belegung der Fachausschüsse wird unsere Politik von eurem Wissen, euren Themen und Positionen geprägt – gerade im kommenden Wahljahr soll unser Wahlkampf enorm davon profitieren!

Falls Du Interesse an der Mitarbeit in einem Fachausschuss hast, kannst du dich jeder Zeit unter <https://www.sp-aargau.ch/partei/fachausschuesse/> informieren und anmelden. Alternativ auch einfach per Telefon (062 834 94 76) oder Mail (julia.hoppe@sp-aargau.ch). Oder einfach zum Schnuppern an unsere Tagung kommen.

Unser Dank gilt an dieser Stelle allen Fachausschussmitgliedern und -präsidenten, die zur erfolgreichen Wiederbelebung dieses Projekts beigetragen haben! Ich freue mich auf das kommende Jahr und auf viele spannende Projekte mit euch.



DIE SP ARCHIVIERT

Die SP des Kantons Aargau ruft ihre Mitglieder und die Sektionsverantwortlichen auf, ihre oft sorgsam gehüteten alten Protokollbücher, Mitgliederverzeichnisse, aber auch Fotos und Fahnen hervorzuholen und dem SP-Kantonalsekretariat in Aarau bis am 31. Januar 2019 zu bringen. Dazu gehören auch Akten von Arbeiterunionen, Grütl- und Sportvereinen. Auch Einzelstücke, die man von früheren Präsidenten oder Aktuarinnen bekommen hat, sind wertvoll. Nach einer ersten grossen Archivierungsrunde 2009 wollen wir wichtige Dokumente aus unserer vielfältigen Geschichte wiederum dem Staatsarchiv Aargau übergeben. Dort werden sie sicher aufbewahrt und sind für viele zugänglich. Verantwortlich für die sorgfältige Durchführung ist der 2017 gegründete Verein zur Archivierung der Aargauer Arbeiterbewegung, dem auch die SP angehört. Meldet euch möglichst bald im Kantonalsekretariat, wenn ihr eure alten und neueren Dokumente abgeben möchtet: sekretariat@sp-aargau.ch.

Am schweizerischen Parteitag in Brugg/Windisch wurde unsere Kantonalpräsidentin Gabriela Suter in die Geschäftsleitung der SP Schweiz gewählt. Wir gratulieren herzlich und wünschen viel Erfolg!

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
 Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch, www.sp-aargau.ch
 Auflage links.ag 3255
 Erscheint 6 Mal pro Jahr
 Redaktion: Katharina Kerr, katkerr@katkerr.ch
 Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 3. Dezember 2018
 Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 14. Januar 2019
 Erscheinen nächste Ausgabe: 30. Januar 2019

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Claudio Bernet, Regula Dell'Anno, Stefan Dietrich, Dieter Egli, Marco Hardmeier, Urs Hofmann, Julia Hoppe, Florim Kadriu, Katharina Kerr, Jürg Knuchel, Rita Lanz, Hansjürg Rohner, Gabriela Suter, Cédric Wermuth.

AGENDA

10. Januar 2019, 10 bis 17 Uhr, im Stadtsaal Zofingen, Weiherstrasse 2
ao. Parteitag, Nomination für die Nationalratswahlen und Parole für die Abstimmung vom 10. Februar 2019
 26. Januar, 9.30 Uhr, Bullingerhaus, Jurastrasse 13, Aarau
2. Tagung der Fachausschüsse und Untergruppen der SP Aargau
 10. Februar 2019
Abstimmungssonntag

ABSTIMMUNG VOM 10. FEBRUAR 2018 – PAROLE DER SP AARGAU

BUND Zersiedelungsinitiative: Parole am Parteitag vom 19. Januar 2019, Empfehlung der GL: **JA**

KANTON Es kommen keine kantonalen Vorlagen zur Abstimmung.